



BürgerInnenbrief

22. Januar 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Rote-Flora-Konflikte +++ Beteiligung absichern! +++ HartzIV & IAB +++ Sozialbericht +++ Mitte-Querschnitt

Rote Flora und andere Konflikte

Von Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE



Kulturzentrum Rote Flora am Schulterblatt (Foto: Michael Joho)

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen rund um den 21. Dezember 2013 und die Einrichtung eines so genannten Gefahrengebiets über mehrere Stadtteile der Innenstadt haben Hamburg in den letzten Wochen in Atem gehalten und für bundesweite Schlagzeilen gesorgt. Das am 4. Januar 2014 eingerichtete Gefahrengbiet wurde aufgrund eines friedlichen, subversiven Widerstands, dessen Symbol die Klobürste wurde (siehe z.B. www.tagesschau.de/inland/klobuerste100.html), und einer kräftigen, vor allem auch bundesweiten Kritik erst eingeschränkt und am 13. Januar dann wieder ganz aufgehoben. Mit der Ausweisung eines Gefahrengebiets, einer Sonderrechtszone, ermächtigt sich die Polizei selbst, anlasslos und verdachtsunabhängig Personen anzuhalten und ihre Sachen

in Augenschein zu nehmen. Schon in den ersten vier Tagen hatte die Polizei in den betroffenen Vierteln – Szeneviertel mit bunten, alternativen städtischen Milieus, insgesamt mehrere zehntausend AnwohnerInnen und an den Wochenenden noch einmal so vielen BesucherInnen – weit über 1.000 Maßnahmen vorgenommen: Personenkontrollen, Durchsuchungen, Platzverweise und Aufenthaltsverbote sowie Ingewahrsamnahmen. Zweck war offensichtlich die Machtdemonstration der Staatsgewalt.

Während noch dieser Artikel geschrieben wird, ist der Senat überraschend einen – womöglich entscheidenden – Schritt weitergegangen: hin zu einer politischen Lösung des Konflikts um die Rote Flora. Er hat am 14. Januar auf einer Pressekon-

ferenz den Willen erklärt, die Rote Flora zurückzukaufen. Der Konflikt um die Rote Flora war der zentrale Anlass der Demonstration.

»Ihr kriegt uns hier nicht raus! Das ist unser Haus« (Rio Reiser, Rauch-Haus-Song)

Seit 1989 besetzt, dient das Gebäude unter dem Motto »Flora bleibt unverträglich« als autonomes Stadtteilkulturzentrum, als Zentrum für Kunstaktionen und Stadtteilfeste, Ort politischer Diskussionen und Aktivitäten und des politischen Widerstands z.B. gegen Gentrifizierung, Privatisierung des öffentlichen Raums, Herberge z.B. für das Archiv für soziale Bewegungen und eine Motorradreparaturwerkstatt, selbst finanziert über Konzerte und ähnliche Veranstaltungen. Nach längeren ergebnislosen Verhandlungen unter dem Druck von Räumungsandrohungen Anfang der 1990er Jahre und einer langen Phase konfliktreicher De-facto-Duldung verkaufte der Senat das Gebäude im März 2001 kurzerhand an den Immobilienhändler Kretschmer, um das Thema aus dem Wahlkampf herauszubekommen. Schills Aufstieg war damit nicht aufzuhalten, er erhielt im September 2001 19,4% der Stimmen und wurde Innensenator.

Natürlich wurde die Stadt den Konflikt nicht los. Die provokativen Verkaufs- und Räumungsandrohungen des inzwischen insolventen Immobilienhändlers sorgten zunehmend für Unruhe, die aufgrund des großen Symbolgehalts der Roten Flora auch bundesweit mobilisierbar ist. Mit einem neuen Bebauungsplan beabsichtigte die Stadt, Nutzungsänderungen und damit Verkaufsabsichten einen Riegel vorzuschieben, doch die Hoffnung, den Konflikt damit zu befrieden, konnte nicht aufgehen. Wie seine Vorgänger hat auch der heute regierende SPD-Senat nicht nur die emotionalen, sondern vor allem die rationalen Aspekte des Konflikts um die Rote Flora unterschätzt.

Die (nicht nur) bundesrepublikanische Geschichte kennt einige harte und gewaltträchtige Konflikte, in denen jugendliche Milieus mit traditionellen Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung und in der Folge mit der Staatsgewalt heftig aneinander gerieten. Konflikte, in denen es um kulturelle Selbstbestim-

mung und Freiräume ging: die »Schwabinger Krawalle« 1962, der Kampf um das Georg-von-Rauch-Haus in Berlin Anfang der 1970er, die jahrzehntelange Auseinandersetzung um die »Freistadt Christiania« in Kopenhagen etwa und eben die Rote Flora. Gerade für das in jeder Hinsicht verdichtete städtische Leben spielt die Frage des Raums, des Ortes, der den eigenen Handlungsraum materiell ermöglicht und sichert, eine bedeutende Rolle. Es liegt nahe, dass der Blick auf öffentliches Eigentum fällt. Die Flora, vormals Konzerthaus, Theater, Kino, war seit 1964 in städtischem Besitz, an ein Discount-Unternehmen vermietet, bis sich 1987 ein Musical-Produzent für das Gebäude interessierte, das er zu einem riesigen Musical-Theater ausbauen wollte. Aus der Auseinandersetzung um dieses Projekt entwickelte sich schließlich die Besetzung des Gebäudes. Indem der Senat 2001 aus Furcht vor dem rechtspopulistischen Law-and-Order-Mann Schill die Möglichkeit einer Verhandlungslösung fallen ließ und die Flora privatisierte, hat er den legitimen Anspruch der vielfältigen Nutzergruppen auf die Nutzung öffentlichen Eigentums schleichend, aber wirksam delegitimiert. Nur wenige Jahre später beschloss die Bürgerschaft einstimmig, der gutbürgerlichen Gesellschaft die Elbphilharmonie zu erbauen – rund 800 Millionen Euro sind es inzwischen, die aus dem städtischen Haushalt für diesen Kulturtempel verausgabt werden sollen. Das steht sachlich in keinerlei vernünftigem Verhältnis zu dem, was die Stadt für widerständige Jugend und ihren Anspruch auf kulturelle Freiräume zur Verfügung zu stellen bereit ist.

Die jetzige Ankündigung, die Rote Flora kaufen zu wollen, weckt die Hoffnung auf einen Kurswechsel – wenn damit die Absicht verbunden ist, den durch die Nutzerinnen und Nutzer selbstbestimmten Gebrauch der Roten Flora als legitimen Anspruch sichern zu wollen.

»Die Stadt gehört allen«

Im Ranking von »Mehr Demokratie« nimmt Hamburg in Sachen direkter Demokratie mit zahlreichen Volksentscheiden die Spitzenposition ein. Tatsächlich gibt es ein recht fortschrittliches Volksgesetzgebungsverfahren und ein Transparenzgesetz, das



Demonstration am 18.1.2014 (Foto: Michael Joho)



Dauerpräsenz der Polizei (M. Joho)

die Kontrolle der Verwaltung durch die Öffentlichkeit enorm erleichtert. Doch die (gescheiterte) Demonstration mit ihren drei zentralen Anliegen – »Die Stadt gehört allen! Refugees, Esso-Häuser und Rote Flora bleiben« – lenkt den Blick auf ein grundlegendes Problem.

Wie wir in dieser Stadt (zusammen)leben wollen, wie vielfältige Lebensstile und Lebensentwürfe zur Geltung kommen können, ist eine zentrale Frage, die durch permanente Aushandlungsprozesse beantwortet wird. Es geht um das weite Feld der Partizipation. Solche Aushandlungsprozesse, in denen es schon mal ordentlich zur Sache geht, können nur funktionieren, wenn die Stadt, die Verwaltung nicht als Machthaberin agiert, die entscheidet, sondern als Sachwalterin. Das gilt für den von einem erheblichen Teil der Stadtgesellschaft geforderten solidarischen Umgang mit den Lampedusa-Flüchtlingen ebenso wie für die Problematik der ESSO-Häuser (www.initiative-esso-haeuser.de/) und des »Rechts auf Stadt«. Wenn der Bürgermeister der großen Solidaritätsbewegung mit den Lampedusa-Flüchtlingen am Vortag der Demonstration das Recht abspricht, ihn und seine Flüchtlingspolitik zu kritisieren (Mopo, 20.12.2013), wenn sich der Innensenator nach dem 21. Dezember zu der absurden Behauptung versteigt, dass es in Hamburg kein konkretes politisches Problem gibt, dann gibt der Senat den Machthaber, der die Interessen und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für nichtig erklärt und ihr Recht auf Partizipation negiert. Dann bleibt zur Lösung der bestrittenen, aber sehr realen Konflikte letztlich nur die Polizei. In diese Situation hat sich der Senat manövriert und aus dieser Situation muss er sich jetzt herausarbeiten.

Die Gewaltfrage

Die modernen Stadtgesellschaften sind auf zivilisatorische Prozesse angewiesen, die entgleisen können. Dann ist die Wende zurück zu zivilgesellschaftlich tragbaren Verkehrsformen notwendig, aber nicht einfach. Derzeit gibt es vor allem aus den Reihen der SPD massive Versuche zu Aufrufen und Resolutionen, die die »anständige« Gesellschaft, die sich »Hamburg gegen Gewalt«-Aufrufen anschließt, gegen den Rest, der sich solchen Aufrufen aus unterschiedlichen Gründen nicht an-

schließt, zusammenschmieden soll. Das ist für die notwendige Rückkehr zu zivilgesellschaftlich tragbaren Verkehrsformen nicht hilfreich. Schon die kritische Auseinandersetzung mit Polizeimaßnahmen wurde in den vergangenen Wochen stets als Unterstützung für Gewalt interpretiert, mochte die Abgrenzung noch so deutlich ausfallen. Als ginge es der Kritik darum, das staatliche Gewaltmonopol theoretisch in Frage zu stellen, um Gewalt zu legitimieren. Aber es geht nicht um Legitimation von Gewalt. Vielmehr ist mit der Tatsache umzugehen, dass das staatliche Gewaltmonopol seine Funktion, Gewalt aus der Gesellschaft zu verbannen, nie vollständig und nie endgültig erfüllt, wie tagtägliche individuelle Gewalt ebenso wie zahlreiche inner- oder zwischenstaatliche Gewaltausbrüche kollektiver Art belegen. Deshalb sei, so der Kriminologe Fritz Sack (in: »Demokratisierung der Polizei«, hrsg. von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft,), der Kampf gegen Gewalt prekär und eingedenk seiner politisch und anthropologisch allgegenwärtigen Latenz zu führen. Unabhängig von der politischen und strafrechtlichen Aufarbeitung der Vorkommnisse rund um den 21. Dezember hängt der Erfolg der Auseinandersetzung mit der Gewalt nicht zuletzt davon ab, dass die zugrundeliegenden Konflikte, die ihre Dynamik ausgelöst haben, anerkannt, politisch angegangen und gelöst und nicht bestritten und unterdrückt werden. Und davon, dass die institutionelle Kontrolle der Institution, die Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols ist, wahrgenommen wird.

Vor wenigen Tagen ist eine **Volksinitiative** gestartet, die darauf abzielt, sämtliche »Gefahrengebiete« in Hamburg abzuschaffen und das zugrundeliegende Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei entsprechend abzuändern.

In den nächsten Wochen sollen Unterschriften gesammelt werden, um letztlich einen Volksentscheid darüber herbeizuführen.

Die Unterschriftenliste und mehr Informationen:
www.gefährengebiete-abschaffen.de/

Lampedusa: Wir sind hier, um zu bleiben!



Das Ringen um einen Aufenthaltsstatus für die Lampedusa-Flüchtlinge geht weiter. Wir dokumentieren den Aufruf des UnterstützerInnenkreises für die nächste Demonstration am Samstag, 25. Januar.

Egal, was der Hamburger Senat über die Medien verbreiten lässt, unsere existenzielle Notlage, aber auch unsere Entschlossenheit, unsere Rechte zu erlangen, haben sich nicht verändert.

Es ist immer wieder erschreckend, wie plump die Bevölkerung über die Wahrheit belogen oder getäuscht wird. Obwohl unser Protestzelt nach wie vor am Steindamm steht und tagsüber Treffpunkt für unsere Gruppe der libyschen Kriegsflüchtlinge »Lampedusa in Hamburg«, aber auch für andere Flüchtlinge, MigrantInnen und SympathisantInnen ist, behauptet die Innenbehörde, das »Problem« Lampedusa in Hamburg hätte sich gelöst. Obwohl wir nach wie vor auf vielen Veranstaltungen eingeladen sind, über uns und unseren Überlebenskampf zu sprechen, will der Senat die Öffentlichkeit über unsere Existenz in der Stadt Hamburg täuschen. Vor allem möchte der Senat sich von der Kritik befreien, dass er uns fortgesetzt schwerem Leiden aussetzt, indem er uns unsere Menschenrechte verweigert.

Dazu werden dann auch Beschreibungen von uns in die Medien gebracht, die die Wahrheit über unsere Geschichte auf den Kopf stellen und die dazu dienen, ein Verständnis in der Bevölkerung für unsere Forderungen und unseren Protest negativ zu beeinflussen. Es ist eine bewusste Lüge des Innensensors Neumann, und es zeugt erneut von der rassistischen Grundhaltung uns gegenüber, wenn der Innensensor im In-

terview mit der Tageszeitung »die taz« uns als »Arbeitsimmigranten aus Westafrika« bezeichnet. Selbst die Zeitungsredaktion, obwohl sie oft über uns und unsere Geschichte berichtet hat, übernimmt dies widerspruchslos.

Viele halten krampfhaft fest an einem Wunschbild eines humanistischen, aufgeklärten, zivilisierten, demokratischen Europas. Dazu passt nicht, dass wir, die ehemaligen Arbeiter in Libyen und Opfer des Kriegs und der Intervention der NATO, heute auf Europas Straßen vegetieren. Die Heuchelei über Menschenrechte und Demokratie wird durch unsere Anwesenheit in Hamburg, einer der reichsten Städte Europas, und durch unsere elende Lage hier, offensichtlich. Deshalb wird die Wahrheit über unsere Geschichte, über unsere Vertreibung und Flucht von unserem Kontinent und über die Verantwortung, die Europa darin trägt, unterdrückt.

Wir sind Kriegsflüchtlinge, Überlebende des NATO-Kriegs in Libyen. Wir hatten nie die Absicht, nach Europa zu kommen. Wir hatten Arbeit und genug Einkommen, um uns und unsere Familien zu versorgen. Heute sterben Familienangehörige, weil wir trotz der Anerkennung des Flüchtlingsstatus in Italien nicht die Möglichkeit und in den anderen Ländern der EU nicht die Erlaubnis bekommen zu arbeiten. Wir sind keine Arbeitsimmigranten, wir sind hier, weil Europas Interessen mit Hilfe der NATO unsere Existenzgrundlage in Libyen zerstört haben.

Wir sind hier und wir bleiben hier. Daran hat sich nichts geändert. Mit den massiven rassistischen Kontrollen im Herbst letzten Jahres sollte unsere Abschiebung nach Italien erzwungen werden. Die große Empörung und die vielfältigen Proteste aus der tatsächlich aufgeklärten Hamburger Bevölkerung halfen, die Angriffe auf unser Leben abzuwehren. Wir sollten

gezwungen werden, eine Duldung zu beantragen unter der Ankündigung, dass unsere Gründe ohnehin nicht anerkannt werden. Wir lassen uns nicht abschieben. Wir verteidigen unser Recht auf Arbeit und Leben in Hamburg.

Nur einige wenige von uns haben sich der trügerischen Hoffnung und der falschen Beratung hingegeben, dass die Beantragung einer Duldung vielleicht eine individuelle Lösung bringen könnte. Doch wachsen bei ihnen schon wieder die Zweifel. Hieß es zuvor, dass sie eine Duldung für zwei Monate und danach für sechs Monate erhalten, haben sie wieder nur eine Verlängerung für zwei Monate erhalten. Das Arbeitsverbot besteht für sie weiterhin.

25 Personen der Gruppe der libyschen Kriegsflüchtlinge »Lampedusa in Hamburg« haben diesen Weg gewählt. Alle anderen Mitglieder der Gruppe lehnen dies ab. 25 Personen der Gruppe der libyschen Kriegsflüchtlinge »Lampedusa in Hamburg« wurden durch die Festnahmen bei den rassistischen Kontrollen gezwungen, über ihre Rechtsanwälte Anträge auf Aufenthaltserlaubnis zu stellen. Wir sind über 300 Personen, die weiterhin die Anerkennung unserer Rechte und eine Gruppenlösung nach § 23 Aufenthaltsrecht fordern.

Wir überleben weiterhin dank der großen Unterstützung aus der Bevölkerung in Hamburg. Viele Menschen haben uns für die Zeit des Winters Unterkunft gegeben. Unsere Entschlos-

senheit, unsere traumatische und erzwungene Reise in Hamburg zu beenden, ist ungebrochen. Die Ungerechtigkeit, die uns geschieht, hat eine große Solidarität mit uns geschaffen. Nicht »Lampedusa in Hamburg« ist das Problem. Das Problem ist die Haltung des Senats und sein Verstecken hinter Gesetzen, die dafür sorgen, dass wir und unsere Familien leiden.

Wir danken allen Menschen in der Stadt und darüber hinaus, die an unserer Seite stehen. Wenn wir zusammen stark bleiben, sind wir zuversichtlich, im neuen Jahr 2014 eine konkrete Veränderung und Verbesserung unserer Situation zu erreichen. Wir lassen uns nicht spalten. Wir fordern eine Gruppenlösung, die alle von uns einschließt. Wir sind alle gleich, wir haben die gleiche Geschichte und das gleiche Leid erfahren.

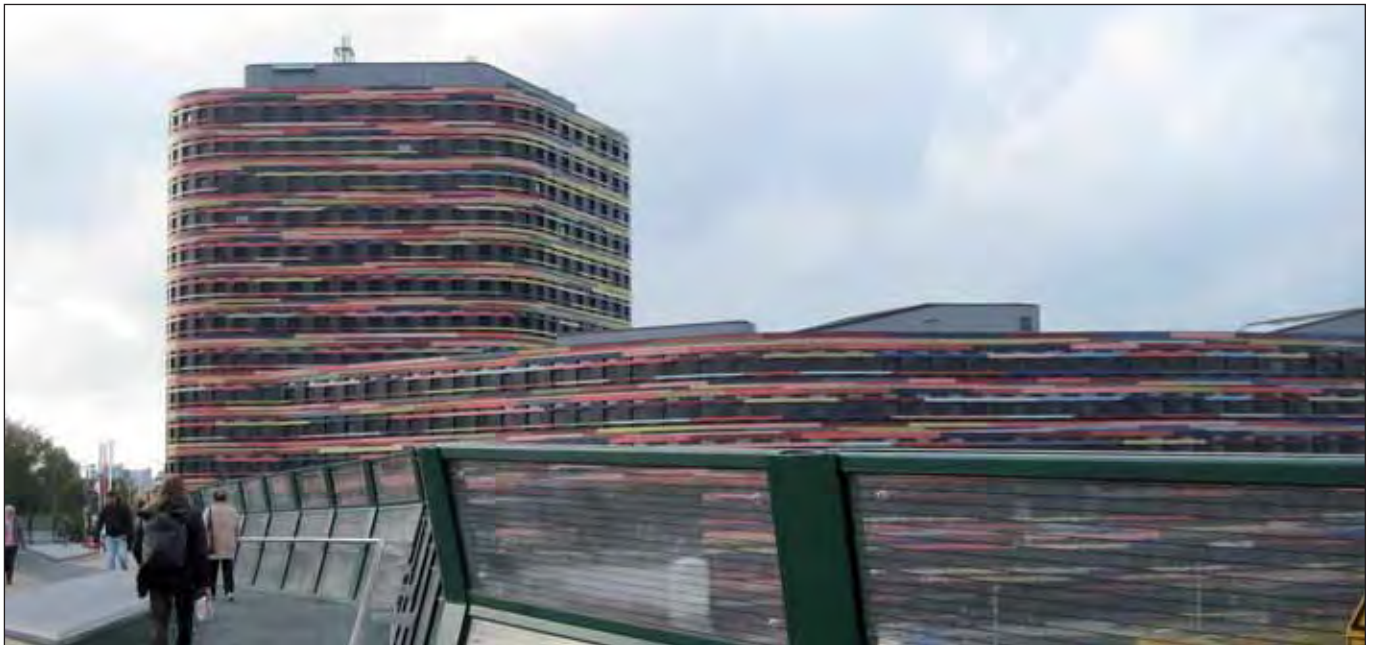
Wir haben nicht den NATO Krieg in Libyen überlebt, um auf Europas Straßen zu sterben.

Anerkennung unserer Rechte – Anerkennung unserer Gruppe der libyschen Kriegsflüchtlinge »Lampedusa in Hamburg« nach §23 Aufenthaltsgesetz!

**Lampedusa: Solidemo, Samstag, 25. Januar,
14.00 Uhr, Kemal-Altun-Platz, Altona**
Mehr unter <http://lampedusa-in-hamburg.tk/>

Engagement und Beteiligung absichern!

Von Heike Sudmann



Offen für Beteiligung? BSU in Wilhelmsburg (M. Joho)

BürgerInnenbeteiligung und Partizipation sind schon seit längerem in aller Munde. Gerade hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) eine neue, immerhin 42seitige Broschüre mit dem Titel »Hamburg gemeinsam gestalten. Bürgerbeteiligung und -information in der Stadtentwicklung« herausgegeben (s. unter Publikationen: www.hamburg.de/bsu).

In diesem Material sind allerlei wichtige und richtige Aspekte aufgeführt, BürgerInnen als Mitwirkende, Formen der Beteiligung, Erfolgskriterien usw. Auffällig ist allerdings, dass den seit Ende der 1970er Jahre in verschiedenen Vierteln wirkenden Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräten auf Seite 11 mal gerade ein Verweis in einer Klammer

gewidmet ist: »In Gebieten der Integrierten Stadtteilentwicklung (...) ist die kontinuierliche Mitarbeit der Bewohnerinnen und Bewohner ein Grundprinzip (z.B. über Beiräte). In diesen Gebieten bestehen besonders günstige Bedingungen für die Bürgerbeteiligung, u.a. weil dort die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen, die aufwändigere Beteiligungsverfahren erfordern – oder ein rechtliches Instrumentarium, um die Entwicklungsziele umzusetzen.«

Diese zehn dürren Zeilen werden den Beiräten in keiner Weise gerecht, und sie ignorieren auch, dass viele Gremien – größtenteils zusammengeschlossen im Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte – aktiv geworden sind, nicht nur für ihren Erhalt, sondern auch deren Verstetigung und Ausweitung aktiv zu streiten. Die entwickelten Positionen haben sich mittlerweile in zwei Resolutionen niedergeschlagen, die in früheren Ausgaben des BürgerInnenbriefes abgedruckt waren und auf dem aktuellen Stand z.B. auf der Website www.ev-stgeorg.de eingesehen werden können.

DIE LINKE ist angetreten, mehr Demokratie nicht nur zu wagen, sondern auch rechtlich und finanziell zu verankern. Als Linksfraktion hatten wir in der Bürgerschaft bereits im Herbst 2012 einen Antrag gestellt, die Beiräte zu einem Grundpfeiler der Stadtteildemokratie zu machen und diese auf eine feste, langfristige und finanziell auskömmliche Basis zu stellen (Bürgerschafts-Drucksache 20/2194 vom 11.11.2011). Er wurde mit den Stimmen der SPD, CDU, FDP und GAL abgelehnt. Doch wir wollen es damit nicht bewenden lassen und stellen nun im Hinblick auf die in einem dreiviertel Jahr anliegenden Haushaltsberatungen 2015/2016 erneut einen Antrag, der weiter unten zu finden ist. Doch an dieser Stelle will ich noch einmal die Gelegenheit nutzen, grundsätzlich die Bedeutung der Beiratsgremien zu unterstreichen.

BürgerInnenbeteiligung, Partizipation, Bürger- und Volksbegehren – das sind lauter gängige Begriffe, die heute zu den programmatischen Aussagen quasi jeder Partei gehören, denn ohne »das« geht es in der Metropolengesellschaft im 21. Jahrhundert nicht mehr. Die neue Broschüre der BSU, das neue Beteiligungsverfahren in Wilhelmsburg, das Netzwerk Recht auf Stadt und das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, Aktivoli usw. usf. – all das unterstreicht, dass Menschen mehr mitreden und mitentscheiden, dass sie sich einbringen und engagieren wollen. Das verdient verstärkte Aufmerksamkeit.

Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräte blicken in Hamburg auf eine inzwischen langjährige Geschichte zurück. Der erste Sanierungsbeirat entstand 1979 in St. Georg (es gibt ihn noch heute – als Stadtteilbeirat), viele weitere Gremien dieser Art folgten (und arbeiten größtenteils auch noch gegenwärtig). Zurzeit gibt es gut 50 Gremien dieser Art. Sie sind allerdings sämtlich bedroht, das eine heute, das andere morgen, weil die Gremien in die Logik des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) eingebunden sind und die finanzielle Absicherung der BürgerInnenbeteiligung sowie der Gremienbetreuung nach einem mehr oder weniger langen Förderzeitraum auch wieder ausläuft. Was in den letzten Jahren klaglos hingenommen wurde – besten-



BürgerInnen wollen mitbestimmen (M. Joho)

falls versuchten BürgerInnen, einen Beirat auch ohne Förderung und Anerkennung fortzuführen –, trifft seit anderthalb Jahren auf den Widerspruch von vielen von der Auflösung bedrohten Beiratsgremien. 18 von ihnen haben mittlerweile eine »Zweite Resolution« des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte unterzeichnet.

In den gut 50 Beiratsgremien kommen regelmäßig – viele monatlich, einige in größeren Abständen – mehr als 1.000 Menschen zusammen. Diese große Anzahl von engagierten BürgerInnen bildet in vielen Quartieren das Rückgrat der Partizipation vor Ort, das sind die Fachleute, ohne oder gar gegen die in den Vierteln nichts wirklich geht. Die Gremien und die darin beteiligten Menschen, die BesucherInnen und QuartiersbegleiterInnen sind es wert, stärker in der öffentlichen Wahrnehmung Berücksichtigung zu finden.

All dem dient der Antrag der Fraktion DIE LINKE, nämlich eine vorhandene und jahrzehntelang erprobte Form der BürgerInnenbeteiligung abzusichern und zu verstetigen. Dafür treten wir Linke ein, auch zu den Bezirksversammlungen im Mai dieses Jahres.

Antrag der Linksfraktion an die Hamburgische Bürgerschaft

Drucksache 20/10230 vom 5.12.2013

Betr.: Die Quartiers- und Stadtteilbeiräte erhalten und verstetigen!

»Bürgerbeteiligung und -information sind zentrale Bestandteile von Stadtentwicklungsprozessen«, heißt es in der im Oktober 2013 von der BSU herausgegebenen Broschüre »Hamburg gemeinsam gestalten« (Seite 38). Und weiter »Es stellt sich nicht mehr die Frage des »ob«, sondern vielmehr des »wie« und »wie viel«. In der Tat geht es um die Absicherung und Verstetigung funktionierender Bürger/innenbeteiligung, ohne die eine demokratische Metropolengesellschaft im 21. Jahrhundert weder denkbar noch regierbar ist.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Engagement von Menschen in den Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräten wachsende Bedeutung. Viele Hundert Menschen kommen regelmäßig in den gut 50 Gremien dieser Art zusammen, teilweise bereits seit Jahrzehnten, wie im ältesten, dem Stadtteilbei-

rat St. Georg, der seit 1979 existiert und mit durchschnittlich 70 Teilnehmer/-innen im Monat kontinuierlich gut besucht ist.

Doch die Perspektive jedes Einzelnen dieser Gremien ist bedroht, denn »die Förderung von Beteiligungsstrukturen« ist nach bisheriger Auffassung des Senats »in der Integrierten Stadtteilentwicklung grundsätzlich nur für festgelegte Gebiete und für eine befristete Laufzeit möglich« (Drs. 20/4846 vom 4.9.2012). Doch Bürger/innenbeteiligung darf nicht von einem Fördergebiet abhängig, auf ein solches oder zeitlich begrenzt sein, Partizipation ist ein »zentraler Bestandteil von Stadtentwicklungsprozessen« (siehe oben), den es zu stabilisieren, auszubauen und finanziell abzusichern gilt.

In dieser Hinsicht haben sich das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte und einzelne Akteur/innen des Netzwerks Recht auf Stadt am 4. Oktober 2012 und am 16. Juli 2013 mit zwei Resolutionen »zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte« an die Öffentlichkeit gewandt. Diese Resolutionen und die in ihnen enthaltenen Forderungen haben inzwischen viel Unterstützung erfahren, nicht zuletzt in verschiedenen Bezirken und bis weit hinein in die Hamburger Parteienlandschaft.

Es ist daher an der Zeit, insbesondere die Quartiers- und Stadtteilbeiräte aus der Förderlogik des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) herauszulösen und zu einem eigenständigen Bestandteil der gelebten, demokratisch

verfassten Stadtgesellschaft zu machen. Quartiers- und Stadtteilbeiräte können eine wichtige Ergänzung und Erweiterung des repräsentativen parlamentarischen Systems (Bezirksversammlungen, Bürgerschaft) sein. Sie ermöglichen die Einbeziehung des gehäuften Experten/innenwissens sowie des Engagements vieler Bürger/innen auf unterer lokaler Ebene. Zur Sicherung und sinnvollen Betätigung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte gehört neben einer professionellen Geschäftsführung auch ein Verfügungsfonds, über den der jeweilige Beirat im Rahmen bestimmter Grundsätze selbst verfügen kann.

Dies vorausgeschickt, möge die Bürgerschaft beschließen: Der Senat wird aufgefordert,

1. sämtliche bis Ende 2014 auslaufenden Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräte durch eine finanzielle Sonderzuweisung an die Bezirke im Jahre 2014 im gleichen Umfang wie bisher zu fördern und damit aufrechtzuerhalten;
2. im Doppelhaushalt 2015/2016 einen neuen Etatposten »Beirätearbeit im Stadtteil« einzustellen. Der Umfang des Haushaltstitels ergibt sich für 2015/2016 aus den erforderlichen Mitteln zur Fortführung und Verstetigung der bestehenden Beiräte sowie aus Verpflichtungsmitteln in Höhe von mindestens 50 Prozent der Mittel für die bestehenden Beiräte, damit neue Beiratsstrukturen mit Verfügungsfonds überall dort, wo dies in und von Stadtteilen gewünscht wird, geschaffen werden können.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Auch wenn der Senat jüngst einen – unzureichenden – Lebenslagenbericht über die Armutsentwicklung in unserer Stadt vorgelegt hat (s. den Bericht in diesem BürgerInnenbrief), die Reichen auf der anderen Seite der sozialen Skala sind darin einmal mehr ausgeblendet. Diese Lücke schließt – wenigstens in internationaler Hinsicht – eine am 20. Januar vorgelegte **Arm-Reich-Studie** der britischen Hilfs- und Entwicklungsorganisation OXFAM. Danach besitzen 85 Menschen so viel wie die halbe Welt, das reichste Prozent der globalen Bevölkerung fast ebenso viel wie die restlichen 99 Prozent. »Sieben von zehn Menschen leben in Ländern, in denen sich die Armutsschere in den letzten 30 Jahren geöffnet hat.« Mehr Infos und der Link zur englischsprachigen Studie unter www.stern.de/panorama/oxfam-studie-zu-reichtum-85-menschen-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-welt-2084407.



Einem Projekt unter Leitung von Jan Schenck ist es zu verdanken, dass jetzt die Orte der **Bücherverbrennungen durch die Nazis 1933** in einem **Onlineatlas** zusammengetragen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden sind. In Hamburg hat es fünf Orte gegeben: Kaiser-Friedrich-Ufer, Methfesselstraße, Lübeckertorfeld, Bergedorf und Lohbrügge. Zu diesen wie auch etlichen anderen Orten in Deutschland finden sich im Netz einige prägnante Hinweise: <http://verbrannte-orte.de>.

Eine interessante Studie zur Partizipationskultur von Oliver Riek ist jetzt online gestellt worden. Der Titel lautet: **Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in der Bauleitplanung. Bürgerbeteiligung und Bürgerinteressen in stadtplanerischen Entscheidungsprozessen in den Hamburger Bezirken**. Auch wenn die 122seitige Masterthesis-Arbeit an der HCU bereits 2011 vorgelegt worden ist, enthält sie doch interessante Hinweise u.a. zu

den Auseinandersetzungen um das Hoheluftkontor sowie das Freibad Ohlsdorf. Herunterzuladen unter http://edoc.sub.uni-hamburg.de/hcu/volltexte/2012/7/pdf/Masterthesis_ohneInterviews_Riek-Oliver.pdf.

Am **Sonntag, den 26. Januar**, lädt die Eimsbütteler LINKE ab 10:30 Uhr zum Politischen Fröhschoppen ins Bürgerhaus Eidelstedt (Alte Elbgaustraße 12) ein. Unter der Überschrift **Sanktionen? Ja bitte!** wird Heike Sudmann zum Komplex Leerstand und Wuchermiete Stellung nehmen.

Gefahrengebiete – sinnvoll oder gefährlich? – darum geht es am **Dienstag, den 28. Januar**, um 19 Uhr in der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4). Diskutieren werden darüber an diesem Abend Cornelia Ganten-Lange, Richterin am Hamburgischen Verfassungsgericht, sowie Dr. habil. Nils Zurawski, Soziologe am Institut für Kriminologische Sozialforschung Hamburg.

Um die europäische Flüchtlingspolitik geht es auf einer Veranstaltung des Hamburger Instituts für Sozialforschung am **Mittwoch, den 29. Januar**, um 19 Uhr im Institutsgebäude am Mittelweg 36. Christopher Hein, Jurist und ehemaliger Mitarbeiter von Amnesty International und der Vereinten Nationen, diskutiert zum Thema **Lampedusa und kein Ende?**



»Wasser, Strom, Bildung, Gesundheit, Kultur ...«: Mit diesen Begriffen ist die **5. Konferenz zur sozialen Spaltung** am **Donnerstag, den 13. Februar**, von 10 bis 17 Uhr in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Berliner Tor 21) überschrieben. Den Tag über wird nicht nur in großer Runde, sondern auch in Kleingruppen **Zur Bedeutung öffentlicher Güter für**

eine soziale Stadt diskutiert. Veranstalter ist die AG Soziales Hamburg, die sich aus verschiedenen sozialen und kirchlichen Trägern zusammensetzt. Die Arbeitsgruppen tagen zwischen 13:30 und 15:30 Uhr, eine, an der auch Heike Sudmann mit einem Beitrag zur »Mobilität und sozialen Spaltung in Hamburg« beteiligt ist, wird sich dem Thema »Mobilität – eine Frage des Geldes« widmen. Anmeldungen werden bis zum 7. Februar unter hamburg@akademie.nordkirche.de entgegengenommen, der reguläre TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 10 Euro, mehr Infos im Netz unter www.hamburg-stadtfueralle.de.

Kleingärten versus Wachsende Stadt? Das ist das Thema einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am **Donnerstag, den 13. Februar**, um 18:30 Uhr im Reimarus-Saal (Trostbrücke 6). Podiumsgäste sind Margit Bonacker (die Vorsitzende der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung), Prof. Dr. Jürgen Pietsch (Stadt- und Umweltplanung, HafenCity-Universität), Michael Sachs (Staatsrat der BSU) und Dirk Sielmann (der Vorsitzende des Landesbundes der Gartenfreunde in Hamburg e.V.), die Moderation hat Herbert Schalthoff (Hamburg 1). Anmeldung bis zum 7. Februar an info@patriotische-gesellschaft.de.

Am **Sonntag, den 16. Februar**, geht es in St. Georg auf einer Konferenz um »Hamburg und die Huren«. Hier soll ein anschaulicher und vielschichtiger Einblick in den Komplex **Prostitution zwischen Faszination und Schauern** gegeben werden, der längst nicht nur für St. Pauli und St. Georg kontrovers diskutiert wird. Veranstaltet wird die von 14 bis 20 Uhr im Treffpunkt Hansaplatz (Zimmerpforte 8) angesiedelte Veranstaltung vom Ratschlag Prostitution Hamburg, dem verschiedene Beratungseinrichtungen und die Gewerkschaft ver.di angehören. Vorgesehen sind Betriebsführungen und Diskussionen mit SexarbeiterInnen.



10 Jahre HartzIV: Wie kritisch ist das IAB?

Von Meinulf Krön und Tim Golke

Das IAB ist die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit. Dieses Institut hat nun unter dem Titel »Richtfest« einen Sammelband zu »Zehn Jahren Agenda 2010 – ein Besuch auf der Reformbaustelle« veröffentlicht. Wer gedacht hat, dass die Agenda 2010 und damit HartzIV nur hochgejubelt wird, sieht sich hier zumindest teilweise überrascht.

Als erstes zusammenfassendes Fazit wird benannt, dass die Arbeitsmarktreformen zwar mit einer nachhaltigen Verringerung der Arbeitslosigkeit, aber auch mit einem Mehr an Lohnungleichheit und atypischer Beschäftigung einhergegangen seien. Die Hartz-Reformen hätten an den Bereichen Arbeitsangebot, Arbeitsnachfrage und Ausgleichsprozess mit unterschiedlicher Wirkung angesetzt. In der Weltwirtschaftskrise hätten die Betriebe dann ihre Kernbelegschaften auch nur mithilfe von Arbeitszeitkonten, Kurzarbeit und tariflichen Bündnissen halten können. Der Abbau der Arbeitslosigkeit sei nicht etwa dadurch erreicht worden, dass Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik besonders stark ausgebaut worden wären, denn auch die so genannte Unterbeschäftigung sei entsprechend zurückgegangen. Es wird nach wie behauptet, dass aufgrund der mit den Hartz-Reformen erzwungenen höheren Konzessionsbereitschaft, der größeren Flexibilität für Unternehmen und der schwachen Lohnentwicklung neue Stellen geschaffen worden seien. Zugegeben wird, dass durch die höhere Flexibilität für ArbeitgeberInnen auch wesentliche Teile des Beschäftigungsrisikos auf die ArbeitnehmerInnenseite verschoben worden sind, und zwar insbesondere auf Geringqualifizierte. Atypische Erwerbstätigkeit in Form von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Minijobs habe zugenommen. Dies sei mit Abstrichen bei Umfang, Dauer und

Entlohnung einhergegangen, wenn auch mit etwas gestiegenen Chancen auf soziale Teilhabe. Weiterhin eingestanden werden nunmehr die »Drehtüreffekte«, bei denen prekär Beschäftigte oftmals wieder arbeitslos werden und erneut auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind. Und zugegeben wird endlich, dass die Reallöhne am unteren Ende der Einkommensskala im Zuge der Hartz-Reformen unverhältnismäßig geschrumpft sind.

Folgende Handlungsempfehlungen gibt das IAB an die Politik: Die Betriebe sollten angehalten werden, die heute schon geltende Regelung auch anzuwenden, dass Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit aufstocken wollen, bei gleicher Eignung den Vorzug vor externen BewerberInnen erhalten müssen. Minijobs und Leiharbeit sollten stärker mit Anreizen versehen werden, um die »Sprungbrettfunktion« zu stärken und auch zu nutzen. Ein »moderater« Mindestlohn wird ebenso gefordert wie verbesserte Hinzuverdienstregelungen bei HartzIV.

Alles in allem nichts wirklich Neues, obwohl das IAB die Situation in Deutschland im Detail realitätsgerechter bewertet als bislang. Für DIE LINKE ist dagegen Erwerbslosigkeit vor allem auf fehlende »normale« Arbeitsplätze zurückzuführen. HartzIV stellt Erwerbslose unter den Generalverdacht, nicht arbeiten zu wollen. Diese Sichtweise lehnen wir ab. Zur Überwindung von HartzIV fordert DIE LINKE:

- Eine Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, die möglichst allen Menschen eine dauerhafte und Existenzsichernde Beschäftigung gewährleistet. Vollzeitbeschäftigte dürfen nicht auf HartzIV angewiesen sein. Daher fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro/Stunde.

- Die sofortige Anhebung des HartzIV-Regelsatzes auf 500 Euro. Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt.
- Kurzfristig müssen auch die Kinderregelsätze deutlich angehoben werden. Der Bedarf für Kinder muss eigens ermittelt werden. Perspektivisch soll eine Kindergrundsicherung Kinder und Jugendliche eigenständig absichern.
- Statt des unwürdigen, gutscheinbasierten »Bildungspäckchens« der Bundesregierung fordert die Fraktion DIE LINKE einen flächendeckenden Ausbau der notwendigen sozialen Infrastruktur und kostenfreies Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen.
- Die unwürdige Behandlung von erwerbslosen Menschen muss auch in anderen Punkten beendet werden: Die Sanktionen müssen abgeschafft werden, die Bedarfsgemeinschaft durch ein individuelles Recht unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltspflichten ersetzt werden. Zwangsumzüge und Schnüffeleien im Privatleben lehnen wir ab.
- Ein-Euro-Jobs müssen durch qualitativ hochwertige öffentlich geförderte Beschäftigung ersetzt werden. Diese muss freiwillig, voll sozialversicherungspflichtig und wenigstens zum gesetzlichen Mindestlohn entlohnt sein. Die Arbeitsförderung ist auf nachhaltige Arbeitsförderung und Vermittlung in gute Arbeit auszurichten. Die Aus- und Weiterbildung von Erwerbslosen sowie von Beschäftigten wollen wir ausbauen.

Nachtrag: Aus der BASFI nichts Neues zur KdU

Auch zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration die Fachanweisungen zu Kosten der Unterkunft (KdU) bei Hartz IV und Sozialhilfe nicht an den neuen Mietenspiegel angepasst (ausführlich dazu im letzten BürgerInnenbrief).

Die Fraktion DIE LINKE wird sich für eine zeitnahe Befassung der überwiesenen Anträge in der Bürgerschaft einsetzen und den Senat weiter unter Druck setzen.

Was verschleiert der Sozialbericht Hamburg?

Von Joachim Bischoff



Hamburger City, Dezember 2013 (Foto: C. Hannen)

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat zum Jahresende 2013 einen Bericht vorgelegt, der die Lebenslagen insbesondere der Hamburger Familien und SeniorInnen darstellt. Aufgezeigt werden soll, in welchen Feldern Sozialpolitik die Hamburgerinnen und Hamburger unterstützt und fördert. Solche Berichte markieren in Hamburg stets auch politische Grenzziehungen und Grabenkämpfe. Etwa zur selben Zeit hatte auch der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen Jahresbericht vorgelegt. Tenor des Berichts: Deutschland war noch nie so gespalten wie heute. Die Kluft zwischen reichen und armen Bundesländern öffnet sich: »Ganze Regionen befinden sich in einer Abwärtsspirale.«

Der Geschäftsführer Schneider konstatiert: Die Armut ist auf einem Rekordhoch, das Land sozial und regional tief zerrissen. »Sämtliche positiven Trends aus den letzten Jahren sind zum Stillstand gekommen oder haben sich gedreht.« Die

Kluft zwischen bundesdeutschen Wohlstandsregionen auf der einen und Armutsregionen auf der anderen Seite wachse stetig und deutlich. »Deutschland war noch nie so gespalten wie heute.«

Und was steuert die von der SPD geführte BASFI zu dieser Debatte bei? Der Beitrag ist wahrlich bescheiden. Denn die These des Hamburger Berichts lautet: »Weite Teile der Hamburger Bevölkerung können an Bildung und Arbeit teilhaben und sind ökonomisch abgesichert. Dies betrifft sowohl die untersuchte Gesamtbevölkerung als auch die besonders in den Blick genommenen Familien und die ältere Generation. Der anhaltende Beschäftigungszuwachs und die trotz der Banken- und Schuldenkrise robuste Realwirtschaft waren hierfür die Basis. Die Bevölkerung wie auch der Lebensstandard in Hamburg wachsen; immer mehr Menschen haben Zugang zu höherwertiger Bildung gefunden und damit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Teilhabe an Arbeit und Wohlstand er-

halten. Soziale Notlagen und Armutsgefährdung lassen sich relativ eindeutig an bestimmten Lebenslagen identifizieren. Dazu zählen die Alleinerziehenden, Personen in atypischer Beschäftigung sowie kinderreiche Familien mit mangelnder beruflicher Qualifikation der Eltern.«

Keine soziale Spaltung in Hamburg. Von einer Kluft von reichen und armen Wohnquartieren kann in der reichsten Region angeblich keine Rede sein. Und selbst wenn wir den Blick von den weiten Teilen der Bevölkerung auf die bestimmten Lebenslagen richten, können wir total beruhigt sein.

»Trotz zunehmender Ungleichverteilung ist die Armutsgefährdung in Hamburg rückläufig.

- Das Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung Hamburgs blieb im Zeitraum 2000 bis 2010 weitgehend unverändert. Es lag in fast allen Jahren zwischen 13 und 14%, im Jahr 2010 bei 13%. Im Bundesgebiet lässt sich im Vergleichszeitraum dagegen eine leicht steigende Tendenz von 13% auf 15% beobachten. Für Hamburg ist über die letzten Jahre hinweg eine günstigere Entwicklung in Bezug auf die Vermeidung von Armutsrisiken als im Bundesgebiet zu konstatieren.
- Das Armutsrisiko ist insbesondere zwischen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ungleich verteilt. So haben in Hamburg MigrantInnen ein deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko, auch wenn es seit 2005 rückläufig ist (über 30% in 2005, über 25% in 2010).
- Überdurchschnittlich häufig von Armut bedroht sind Kinder. Aber auch hier ist die Quote von ca. 23% in 2005 auf unter 20% in 2010 rückläufig.
- Ein vergleichsweise geringes Armutsrisiko haben dagegen die über 64-Jährigen mit gleichbleibend ca. 8% im Betrachtungszeitraum.«

Was also ist die Botschaft der Behörde? Trotz zunehmender Ungleichheit in der Einkommensverteilung ist die Armutsgefährdung rückläufig. Alles im Lot. Wenn die Hamburger Presse von wachsenden Armutsproblemen berichtet, dann sind dies nach dieser Lesart »aufgebauchte Einzelfälle«. Und es ist auch bewiesen: Die Hamburger Sozialpolitik ist fundiert und es gibt keine Probleme.

Selbst die Bild-Zeitung hält gegen diese Interpretation: »Rothenburgsort kommt nicht aus dem Elend, bleibt das Schlusslicht unter Hamburgs 104 Stadtteilen. Die bittere Wahrheit: Hier im Osten der Stadt lebte Ende 2012 quasi jeder Dritte (29,2 Prozent der Bevölkerung, 3.042 Menschen) von Sozialleistungen wie z.B. Hartz IV oder Grundsicherung. (...) Trauriger Rekord: In Billstedt leben 2.444 Kinder unter 7 Jahren von Sozialleistungen. In der ganzen Stadt sind es 24.951. Schlimm: In Rothenburgsort/Billbrook (53,4 Prozent) und Hammerbrook (51,6 Prozent) sind sogar mehr als die Hälfte der Kinder unter sieben auf staatliche Unterstützung angewiesen. Im Westen und Norden Hamburgs sieht es wesentlich besser aus: Kaum Sozialhilfeempfänger leben in Blankenese (1,2 Prozent), in Othmarschen (1,3 Prozent), Eppendorf (4,3 Prozent) und Winterhude (6,6 Prozent).«

Die These von der rückläufigen Armutsgefährdung ist ziemlicher Quatsch. In Hamburg hat sich die Politik die Ver-



Suppenküche auf dem Hachmannplatz 2013 (M. Joho)

tiefung der sozialen Spaltung eine Zeitlang schönreden können, weil die Armutsquote in einigen Jahren gegen den Bundestrend leicht gesunken ist. Der sprunghafte Anstieg des Anteils armer Menschen in der Stadt in 2011 (von 13,3 auf 14,7%) hat dieser Sichtweise dann aber den Boden entzogen. Auch 2012 lag Hamburg mit einer auf 14,8% gestiegenen Armutsquote im Bundestrend. Misst man die Armutsquote an dem Durchschnitt (Median) der Einkommen im Bundesland Hamburg, wofür es viele gute Argumente gibt (vor allem berücksichtigt er die regionalen Lebenshaltungskosten), lag sie 2012 sogar bei 17,7% - und erreicht damit den Spitzenwert hinter Bremen.

Schon der Augenschein belegt: Der Unterschied zwischen den Stadtteilen wächst immer weiter. Der Sozialbericht ist eine aufwändige Verschleiерungsoperation, mit der gezeigt werden soll: Der SPD-Senat verwaltet die Armut vorzüglich. Die städtische Sozialpolitik hat alles im Griff.

Vor wenigen Jahren hatte die Sozialdemokratie noch eine völlig andere Sichtweise. Sie forderte auf der Straße und in der Bürgerschaft von der damaligen bürgerlichen Herrschaft eine realitätstüchtige Berichterstattung: Der Senat wird aufgefordert, »die Berichterstattung über die Entwicklung von Armut, Obdachlosigkeit, Sozialhilfebedürftigkeit und die »Hilfe zur Arbeit« fortzuschreiben und weiterzuentwickeln«. Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen, d.h. auch mit den Stimmen des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden und des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust. Gleiches gilt für den Antrag »Ausweitung der Sozialberichterstattung«, mit dem der Senat aufgefordert wurde, im dritten Hamburger Armutsbericht den Komplex »verdeckte Armut« sowie die »Verteilung von Einkommen und Vermögen« aufzunehmen. Doch die CDU und die schwarz-grüne Koalition hatten wenig Neigung, diesen Wünschen etlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen, MigrantInnenorganisationen zu folgen und endlich ein realistisches Bild der sozialen Spaltung vorzulegen.

Warum setzte sich die SPD - massiv unterstützt von der Linkspartei - für eine vernünftige Berichterstattung ein? »Die Sozialberichterstattung bildet eine wesentliche Grundlage für

die politische Vorsorge und Reaktion auf soziale Problemlagen und die Entwicklung notwendiger sozialpolitischer Maßnahmen und Leistungen.

Der vom Senat vorgelegte Lebenslagenbericht vom 26.11.2007 greift hier nicht weit genug, weil er die Beschreibung der sozialen Lage nicht mit der Darstellung der sozialpolitischen Steuerungsinstrumente und ihrer Wirksamkeit verknüpft. Gerade im Bereich der Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit gibt es für unterschiedliche Zielgruppen wie: Menschen mit Migrationshintergrund, Ausbildungslose, Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer, Alleinerziehende, ältere Arbeitslose, Menschen mit Behinderung, Existenzgründerinnen und Existenzgründer et cetera, unterschiedliche und auf ihre speziellen Bedürfnisse zugeschnittene Maßnahmen und Leistungen. Die Notwendigkeit, die tatsächliche Wirksamkeit und den Nutzen dieser Maßnahmen für die jeweiligen Zielgruppen zu evaluieren, wird zusehends erkannt.«

Hamburg braucht vor dem Hintergrund der vielfältigen Aufgabenstellungen eine neue Sozialpolitik, die verantwortungsvoll die weiterhin existierenden und sich weiter verschärfenden Probleme aufgreift. Hamburg braucht eine Sozialpolitik, die in einen offenen, transparenten Dialog mit Politik und Gesellschaft tritt, um so nachhaltige Lösungen zu entwickeln, und die heute die notwendigen Weichenstellungen für eine bessere Zukunft vornimmt.

Eine ausführlichere Positionsbestimmung von Joachim Bischoff und Bernhard Müller zum neuen Lebenslagenbericht gibt es in ihrem im Januar 2014 veröffentlichten Beitrag »Hamburg: Verhärtung der sozialen Spaltung« (www.vorort-links.de/fileadmin/users/nordlinks/pdf-dateien/Bischoff_Mueller_Soziale_Spaltung_in_HH_2013.pdf)

Hamburg-Mitte: Großstadt im Querschnitt

Von Bernhard Stietz-Leipnitz, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte



Demo gegen Wohnungsnot, 10.11.2012 (Foto: C. Hannen)

»Der Bezirk teilt das Gebiet Hamburgs horizontal von der östlichen (Mümmelmannsberg) bis zur westlichen Landesgrenze (Finkenwerder). Zu diesem Bezirk gehört der größte Teil des Hamburger Hafens und auch der 120 Kilometer entfernte, aus drei vor Cuxhaven in der Elbmündung gelegenen Inseln bestehende, Stadtteil Neuwerk.« (Wikipedia)

Mit knapp 300.000 EinwohnerInnen und einer Fläche von über 142 qkm kann es der Bezirk mit vielen deutschen Großstädten aufnehmen. Umso bedauerlicher ist es, dass es keine wirkliche kommunale Selbstverwaltung gibt, sondern die meisten bezirklichen Angelegenheiten im Rathaus der Stadt zentral geregelt und entschieden werden.

Die Bezeichnung Hamburg-Mitte ist dadurch gerechtfertigt, dass die historische Kernstadt mit den Stadtteilen Alt-

stadt und Neustadt zum Bezirk gehört, ebenso wie inzwischen auch »eines der markantesten Stadtentwicklungsvorhaben in Wasserlage weltweit« (Stadteigenwerbung), die HafenCity, als Erweiterung der Kernstadt. Und da sind wir gleich bei einem der Probleme: Die Entwicklung der HafenCity, die Fortschreibung des Masterplans wie die Erstellung von Bebauungsplänen liegt nicht in Händen des Bezirks, sondern bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Die Probleme mit den fertig gestellten Quartieren (Lärm, Verkehr, fehlende Nahversorgung etc.) werden dann allerdings beim Bezirk abgeladen.

Ansonsten finden sich im Bezirk Szeneviertel wie St. Pauli und St. Georg, große, teilweise sehr dicht besiedelte Wohngebiete von Borgfelde bis Mümmelmannsberg, fast reine Indus-

Demo am 18.1.2014 (M. Joho)



trie- und Gewerbeflächen im Hafen (Kleiner Grasbrook, Steinwerder, Waltershof, dort herrscht nahezu unumschränkt die Hamburg Port Authority [HPA, auch gerne als »achter Bezirk« bezeichnet]), gemischte Gebiete wie Hammerbrook, Rothenburgsort, Veddel und Wilhelmsburg, dazu fast dörfliche Strukturen in Teilen von Finkenwerder und am Rand von Billstedt. Zwei große Industrieanlagen befinden sich im Bezirk außerhalb des Hafengebietes: »Aurubis« (ehemals Norddeutsche Affinerie) auf der Veddel bzw. Peute und »Airbus« in Finkenwerder. Am Rande von Rothenburgsort hin nach Billbrook, auf der Peute und am Westrand von Wilhelmsburg gibt es Logistikflächen mit entsprechendem Verkehrsaufkommen.

In der inneren Stadt konzentrieren sich die Einrichtungen der »Hochkultur« – Deutsches Schauspielhaus, Thalia-Theater und Staatsoper, an deren Rand die Vergnügungseinrichtungen von St. Pauli und zum Teil St. Georg.

Die Armutquote liegt deutlich über dem Hamburger Durchschnitt, fast die Hälfte aller Kinder unter sieben Jahren ist auf Sozialleistungen angewiesen. Von knapp 27.000 geförderten mietpreisgebundenen Wohnungen im Bezirk werden bis 2017 fast 6.000 aus der Mietpreisbindung fallen.

Politisch ist Hamburg-Mitte seit Jahrzehnten eine Hochburg der eher rechten SPD, diese wiederum wird seit vielen Jahren vom Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs, dem Sprecher des konservativen »Seeheimer Kreises« und Rüstungslobbyisten, straff geführt. Zurzeit hat die SPD nach dem Übertritt einer FDP-Abgeordneten in der Bezirksversammlung eine absolute Mehrheit von 26 Mandaten (von 51). Aber auch DIE LINKE ist in Mitte mit einem Stimmenanteil von ca. 10% überdurchschnittlich stark.

Auftrag und Verpflichtung also für die fünfköpfige Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung. Schwerpunkte unserer Arbeit waren und sind die Wohnungspolitik, die Jugendhilfe sowie die Auseinandersetzung mit den Großprojekten des vergangenen Jahres, der Internationalen Bauausstellung (IBA) sowie der internationalen Gartenschau (igs), beide auf der Elbinsel Wilhelmsburg.

In Sachen Wohnungsbau ist zunächst festzustellen, dass das zuständige Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung bei

der Erstellung des Wohnungsbauprogramms auf der Grundlage des »Vertrags für Hamburg« ausgezeichnete Vorarbeit geleistet hat und ein guter Überblick über die Stadtteile und ihre Potenziale vorliegt. Leider bedeutet das überhaupt nicht, dass auch tatsächlich Wohnungen gebaut werden, schon gar nicht geförderte, mietpreisgebundene Wohnungen in der erforderlichen Anzahl. Selbst das »Potenzial« im Wohnungsbauprogramm 2013 beinhaltet lediglich 4.200 geförderte Wohnungen bis 2017 gegenüber knapp 6.000 Wohnungen, die real aus der Bindung fallen werden. In Anbetracht von 41% Hamburger Haushalten, die Anspruch auf eine Wohnung im ersten Förderweg (seit dem 1. Januar 2014 eine Anfangs-Nettokaltmiete von 6,10 Euro) hätten, wird deutlich, dass die vom Senat hochgelobte Anstrengung in Sachen Wohnungsbau bei weitem nicht ausreicht.

Darüber hinaus entfallen immer mehr bezahlbare Wohnungen in den Vierteln der inneren Stadt, selbst wenn inzwischen – u.a. auf Druck der LINKEN – neben der südlichen Neustadt auch St. Pauli und St. Georg durch eine Soziale Erhaltungsverordnung vor Luxusmodernisierung und Umwandlung weitgehend geschützt sind. Das ändert aber nichts daran, dass der real existierende Kapitalismus diese Viertel als Spekulationsgebiet entdeckt hat und die Mieten sich bei Neuvermietungen zum Teil massiv erhöhen. Deshalb muss dringend eine ernsthafte Mietpreisbremse her! Und die von Spekulation bedrohten Viertel, z.B. Borgfelde, Hamm und Teile von Wilhelmsburg, müssen rechtzeitig, d.h. sofort, Soziale Erhaltungsverordnungen bekommen, bevor der Verdrängungsprozess zu galoppieren beginnt.

Umso schlimmer, wenn die Mehrheitsfraktion dann Bauherren, die im ersten Förderweg bauen wollen (wie z.B. die SAGA an der Washingtonallee), auffordert, doch mindestens auch im 2. Förderweg zu bauen (Anfangsmiete 8,20 Euro), es gäbe doch dort schon so viele »Sozialwohnungen«. In der inneren Stadt wird oftmals gleich auf geförderte Wohnungen verzichtet, weil es in Anbetracht der Grundstückspreise nicht zumutbar bzw. möglich sei. Das trifft z.T. sogar zu, was wiederum mit den Förderkriterien der Investitions- und Förderbank (IFB, der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt) zu tun hat. Die allerdings werden von der Bürgerschaft gesetzlich geregelt!

Und schlimm auch, dass der Bezirk sich auf Anfrage der LINKEN nicht in der Lage sieht, zeitnah Auskunft darüber zu erteilen, wie viele geförderte bzw. frei finanzierte Wohnungen denn tatsächlich seit 2011 entstanden sind. Wir wollen und werden das ändern: Wir haben beantragt, dass die erforderlichen Statistiken geführt und veröffentlicht werden. Wir fordern, dass endlich der »Drittmix« aus dem Vertrag für Hamburg verschwindet. Frei finanzierten Wohnungsbau braucht ebenso wenig politische Förderung wie der Bau von Eigentumswohnungen, das regelt das Profitinteresse der Immobilienbranche ganz allein. Wir brauchen klare Regeln und Ziele wie in Eimsbüttel (siehe BürgerInnenbrief vom 28.11.2013): 30% Anteil öffentlich geförderter Wohnungen bei jedem Vorhaben, 50% Anteil öffentlich geförderter Wohnungen bei Vorhaben im Rahmen eines neuen Bebauungsplans sowie 100%



»Obdach ist machbar«, St. Georg, 17.10.2013 (M. Jobo)

Anteil öffentlich geförderter Wohnungen bei Liegenschaftsflächen.

Konkret streiten wir in Mitte um viele Bauprojekte, u.a. die Absicht der Genossenschaft vhw, am Elisabethgehölz in Hamm mehr als 100 Wohnungen abzubauen und durch Neubauten zu ersetzen, nachdem sie selbst nicht unerheblich zum schlechten Zustand der Häuser beigetragen hat. Wir waren die ersten, die in der Bezirksversammlung die MieterInneninteressen thematisiert haben. Ähnlich sieht es bei den ESSO-Häusern aus: Wir haben uns von vornherein gegen den beabsichtigten Abriss durch die Bayerische Hausbau gewandt und sind wie die Initiative der Meinung: Kaputtbesitzen darf sich nicht lohnen! Wir wenden uns grundsätzlich gegen den weiteren Bau von Eigentumswohnungen in von Gentrifizierung bedrohten Vierteln.

Soziale und städtebauliche Problemlagen finden sich in Mitte häufiger als anderswo, was sich darin niederschlägt, dass es insgesamt 18 aktive Sanierungs-, Themen- und Fördergebiete im Bezirk gibt, die jeweils mit entsprechenden Beteiligungs- und Beiratsstrukturen ausgestattet sind. Die ermöglichen es den BürgerInnen, ihre Anregungen und Vorschläge direkt an die Verwaltung zu leiten. Nach gegenwärtiger Regelung ist die Existenz der Beiräte aber direkt an fließende, zeitlich befristete Fördermittel geknüpft, sodass viele davon bedroht sind. Auch das wollen wir gemeinsam mit dem Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte ändern, mit entsprechenden Anträgen in der Bezirksversammlung, aber auch in der Bürgerschaft.

Im Bereich der Jugendhilfe gab und gibt es ebenfalls viel zu tun, vor allem wegen der tragischen Todesfälle von Kindern im Bezirk. Wir haben versucht, unaufgeregt zur Aufklärung beizutragen und gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie solche Ereignisse vermieden werden können.

Klar ist für uns dabei, dass an vorderster Stelle die Kontakte von Mensch zu Mensch stehen müssen, das kann den betroffenen Familien helfen, während ein verbessertes Berichtswesen ohne direkte Kommunikation allenfalls bei der

Suche nach Sündenböcken bzw. »Schuldigen« helfen kann. Und ebenso klar ist, dass es im Bereich der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) gerade im Bezirk Mitte keinerlei Kürzungen geben darf.

Großes Thema war und ist auch der im Rahmen der allgemeinen Kürzungspolitik erfolgende schleichende Abbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die wegen der zeitlich erweiterten Schulangebote angeblich nicht mehr nötig sei. Wir setzen uns dafür ein, die entsprechenden Träger und Projekte weiter zu unterstützen, die Kinder im Bezirk Mitte brauchen diese Angebote!

Lange und intensiv haben uns die Randerscheinungen der Großprojekte IBA und igs beschäftigt. Die LINKE hat immer wieder gefragt, welche ökologischen Verbesserungen denn durch das Fällen tausender Bäume erzielt werden, erklärt hat uns das niemand. Unser Antrag, den Menschen aus der unmittelbaren Umgebung den Besuch ihres Inselparks während der igs zu ermäßigten Preisen zu ermöglichen, wurde selbstverständlich abgelehnt. Das Defizit von 25 Millionen Euro kam trotzdem. Und jetzt geht es aktuell darum, den Inselpark auch wirklich wieder zu öffnen, einige wollen ihn offenbar als eingezäuntes Gelände erhalten. So geht es nicht!

Im Rahmen der IBA sollte die Wilhelmsburger Reichsstraße verlegt und autobahnähnlich ausgebaut werden – der Widerstand der WilhelmsburgerInnen hat das bisher verhindert, dennoch sind die Pläne nicht vom Tisch – auch wir bleiben dran. So sehr einige Projekte der IBA z.B. im Bildungsbereich wie der »Energiebunker« auch zu begrüßen sind, überwiegt letztendlich doch die Kritik. In manchen Quartieren ist bereits der Anfang von Verdrängung zu beobachten, erste Straßen und Wohnblocks geraten ins Visier der SpekulantInnen. Dem gilt es zu wehren, z.B. durch den baldigen Erlass von Sozialen Erhaltungsverordnungen für einzelne Quartiere.

DIE LINKE und ihre Bezirksfraktion werden gebraucht in Hamburg Mitte. Und wir machen uns keine Sorgen, dass uns die Arbeit als Opposition ausgeht!

Kultur Tipp: Gegen das Vergessen



Auschwitz – Ort des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, 2013 (Foto: M. Jahn)

Der Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 wird weltweit und auch in Hamburg seit langem mit Veranstaltungen in Erinnerung gehalten. Gegen das Vergessen ist auch die Veranstaltung des Auschwitz-Komitees am Sonntag, den 26. Januar, um 13 Uhr im »Polittbüro« (Steindamm 45) gerichtet. »Wir haben überlebt!«, darüber berichten ZeitzeugInnen und legen Zeugnis ab über Leben, Tod und Solidarität in den Zeiten rassistischer und politischer Verfolgung im Faschismus.

Drei Überlebende des Holocaust stehen im Mittelpunkt dieser Veranstaltung: Esther Bejarano, die die Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück überlebt hat und vom Schicksal ihrer Eltern und der Schwester Ruth berichten wird; Steffi Wittenberg, die mit ihrer Familie rechtzeitig ins südamerikanische Exil nach Uruguay flüchten konnte; Peggy Parnass, die zusammen mit ihrem Bruder durch die Kindertransporte nach Schweden und Großbritannien überleben konnte. Zudem wird es einen Beitrag von Romani Rose, dem langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, geben, vorgetragen von Frieda Larsen, die als Kind die Verfol-

gung der Hamburger Sinti erleben musste. Und die Schauspieler Rolf Becker und Michael Weber lesen aus Bertolt Brechts »Flüchtlingsgesprächen«. Für die musikalische Umrahmung sorgt das Manuschi Weiß Trio (Djangos Erben).

Der Eintritt für diese Veranstaltung ist frei. Rechtzeitiges Kommen sichert einen Platz!

Anlässlich des Gedenkens an die Nazi-Greuel laufen in Hamburg dieser Tage weitere Veranstaltungen, die sich insbesondere um die kürzlich eröffnete Ausstellung zum Thema »Euthanasie – Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus« ranken. Die Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die im Rathaus noch bis zum 7. Februar zu sehen ist, erläutert vor allem die Zusammenarbeit von Dienststellen der NSDAP, Behörden, Ämtern, der Universität, Krankenhäuser, Pflegeheime und Fürsorge-Einrichtungen beim staatlich organisierten Massenmord. Einzelschicksale visualisieren dies. Und auch der erst in den 1980er Jahren einsetzenden Aufklärung über dieses traurige Kapitel der Hamburger Geschichte wird Aufmerksamkeit gezollt. Mehr Infos unter www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.